

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Der Stadtpräsident

Inhaltliche Stellungnahme der Schweriner Stadtvertretung zum Bürgerentscheid "Kieler Straße" nach § 17 Absatz 2 der Durchführungsverordnung zur Kommunalverfassung Mecklenburg- Vorpommern (KV-DVO)

Ausgangssituation

Die Stadtvertretung hat am 14.07.2025 beschlossen, das Grundstück in der Kieler Straße (Flurstück 313/4, Flur 3, Gemarkung Lankow) zu verkaufen. Auf der Fläche sollen ein Drogeremarkt, Arztpraxen und Wohnungen entstehen. Der bestehende Spielplatz wird an drei Ersatzstandorten im Stadtteil umverlegt. Der in nicht-öffentlicher Sitzung gefasste Beschluss wurde am 29.07.2025 durch die Landeshauptstadt Schwerin öffentlich bekanntgemacht.

Am 09.09.2025 wurde ein Bürgerbegehren mit 4.359 gültigen Unterschriften an den Stadtpräsidenten übergeben. Das Bürgerbegehren zielt darauf ab, dass ein Bürgerentscheid durchgeführt wird, mit der Frage, ob das Grundstück in der Kieler Straße (Flurstück 313/4, Flur 3, Gemarkung Lankow) im Eigentum der Stadt verbleibt, nicht verkauft wird und damit der Spielplatz an dem Standort erhalten bleibt. Im Ergebnis also der Beschluss der Stadtvertretung über den Grundstücksverkauf vom 29.07.2025 aufgehoben wird.

Das Bürgerbegehren wurde rechtlich geprüft und die Entscheidung über die Zulässigkeit des Begehrens der Stadtvertretung am 29.09.2025 vorgelegt. Die Stadtvertretung hat im Rahmen der Beratung die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens einstimmig beschlossen. Als Konsequenz ist der Bürgerentscheid nun verpflichtend durchzuführen. Als Zeitpunkt für den Bürgerentscheid wurde der 25.01.2026 bestimmt. Ergänzend wurde am 10.11.2025 mehrheitlich durch die Stadtvertretung beschlossen, dass der Bürgerentscheid in Form einer reinen Briefwahl stattfindet.

Nach § 17 Abs. 2 KV-DVO ist die Auffassung der Stadtvertretung zu der gestellten Frage darzulegen. Da es unterschiedliche Meinungen in der Stadtvertretung gibt, erfolgt eine Zusammenfassung der verschiedenen Argumente.

Argumente für die Beantwortung der Frage mit „JA“

Für den Verbleib des Grundstückes im Eigentum der Landeshauptstadt Schwerin und damit für den Erhalt des Spielplatzes sprechen sich die SPD-Fraktion und das Mitglied der Stadtvertretung Stephan Martini aus.

Seitens der SPD-Fraktion wird durch die Ansiedlung von weiteren Arztpraxen kein besseres Angebot für gesetzlich versicherte Patientinnen und Patienten gesehen, da bereits alle Arztsitze in Schwerin vergeben sind. Ebenso wird ein weiterer Supermarkt als nicht notwendig erachtet, da es im Umfeld bereits genügend unterschiedliche Nahversorger gibt. Der Park ist dagegen als „grüne Lunge“ des Stadtteils und als sozialer Treffpunkt von Bedeutung.

Das Mitglied der Stadtvertretung Stephan Martini führt als Argument auf, dass der Erhalt des Spielplatzes als öffentliche Grün- und Begegnungsfläche wichtig sei, da er als Spielraum für Kinder und Treffpunkt für Jugendliche und Familien dient. Herr Martini führt außerdem aus, dass die Grünfläche hinsichtlich der Umweltschutzziele eine wichtige Rolle einnimmt und es außerdem noch andere Brachflächen in Lankow gibt, die bebaut werden können. Auch ist aus Sicht von Herrn Martini die Beteiligung von Kinder- und Jugendlichen zu kurz gekommen.

Argumente für die Beantwortung der Frage mit „NEIN“

Gegen den Verbleib des Grundstückes im Eigentum der Landeshauptstadt Schwerin und damit für den Verkauf und die Umverlegung des Spielplatzes an drei Ersatzstandorte spricht sich die CDU-Fraktion aus.

Seitens der CDU-Fraktion wird ausgeführt, dass mit der Ansiedlung von Arztpraxen die medizinische Versorgung im Stadtteil und im gesamten Nordwesten gesichert wird. Der ansässige Supermarkt kann seine Flächen erweitern und ein besseres Angebot schaffen. Darüber hinaus sollen auch Wohnungen für unterschiedliche Einkommensklassen entstehen. Dass drei Ersatzstandorte für den bisherigen Spielplatz geschaffen werden, wird als guter Kompromiss gesehen.

Weitere Stellungnahmen

Die AfD-Fraktion, die Fraktion Die Linke, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/Die PARTEI und die Fraktion Unabhängige Bürger / FDP haben sich weder für ein konkretes „JA“ oder „NEIN“ ausgesprochen.

Die AfD-Fraktion gibt die Empfehlung sich am Bürgerentscheid zu beteiligen, damit bei dieser Form der direkten Demokratie mitgewirkt werden kann. Die Entscheidung liegt zwischen Erhalt des Spielplatzes oder des Ausbaus der Infrastruktur des Stadtteils durch die Schaffung von Handels- und (gesundheitlichen) Dienstleistungsflächen sowie Wohnraum.

Die Fraktion Die Linke sieht auf der einen Seite den Erhalt des Parks/ der Spielfläche und damit den Fokus auf naturverbundene Freizeitmöglichkeiten für Familien und Anwohner. Auf der anderen Seite steht ein Neubauprojekt zur Realisierung von Wohnen, Gewerbe und Facharztpraxen sowie drei kleineren Spielplätzen als Alternative zur bestehenden Spielfläche.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/Die PARTEI sieht ebenfalls Argumente für beide Seiten. Sowohl der Erhalt des Spielplatzes als auch die geplante Bebauung werden als nachvollziehbare Optionen gesehen. Die Entscheidung soll den Bürgerinnen und Bürgern überlassen werden, die ihr Lebensumfeld am besten kennen.

Die Fraktion Unabhängige Bürger / FDP sieht ebenfalls Argumente für den Erhalt des Parks als auch für den Verkauf/Neubau. Der Park ist wichtig für Familien, Kinder und Anwohner und verbindet Natur und Freizeit im Stadtteil. Außerdem wurden Kinder- und Jugendliche nicht ausreichend beim Prozess beteiligt.

Für den Verkauf sprechen die Schaffung von neuen Wohn- und Gewerbeblächen, die städtebauliche Verdichtung und wirtschaftliche Argumente. Als Vorteil wird auch die Schaffung von Facharztpraxen gesehen. Als Kompromiss wird auch die Schaffung von drei neuen kleineren Spielflächen für die bisherige parkähnliche Spielfläche gesehen.

Sebastian Ehlers
Stadtpräsident